

INTERPELLATION von Brigitte Rösli (SP, Illnau-Effretikon), Nicole Wyss (AL, Zürich) und Livia Knüsel (Grüne, Schlieren)

betreffend Sexualekunde und Schutz vor Diskriminierung

Eine altersgemässe, ganzheitliche und umfassende Sexualeaufklärung ist Bestandteil des Lehrplans 21. Schüler:innen haben ein Recht auf gesicherte Informationen in Bezug auf sexuelle und psychische Gesundheit. Zusätzlich ist die Volksschule durch den Lehrplan dazu aufgefordert, sich gegen «jegliche Form von Diskriminierung» – auch aufgrund der sexuellen Orientierung – zu stellen und die «Gleichstellung der Geschlechter» zu fördern.

Dieser Sexualekundeunterricht steht seitens fundamentalistischer Kreise immer wieder unter Beschuss. Das zeigte beispielweise ein vor kurzem bekannt gewordener Fall eines schwulen Lehrers, der scheinbar nach Druck von Eltern aufgrund des Sexualekundeunterrichts und seiner Homosexualität entlassen wurde. Mehrere regionale Lehrer:innenverbände sowie der Dachverband Lehrerinnen und Lehrer Schweiz (LCH) kennen laut Medienberichten die Unterdrucksetzung von Lehrpersonen durch Eltern, speziell in Bezug auf Sexualekundeunterricht.

Das zeigt: Zum Schutz der Lehrpersonen und um einen qualitativ hochwertigen Sexualekundeunterricht gemäss Lehrplan 21 sicherzustellen, muss der Sexualekundeunterricht professionalisiert und von externen Fachpersonen durchgeführt werden. In der Westschweiz ist dieses Modell bereits seit vielen Jahren erfolgreich und fest verankert.

Gleichzeitig ist bekannt, dass homosexuelle Personen weiterhin mit Diskriminierung konfrontiert sind. Dies wurde auch durch eine neue Umfrage der Pädagogischen Hochschulen Bern und Zürich unter queeren Schüler:innen bestätigt, in der ein Drittel angibt, schon diskriminierende Sprüche aufgrund ihrer sexuellen Orientierung und Geschlechtsidentität erfahren zu haben. Um diese Diskriminierungen und Vorurteile in der Gesellschaft abzubauen, braucht es deshalb ergänzend zum Sexualekundeunterricht spezifische Massnahmen für ein offenes und inklusives Schulklima. Dafür sind Unterstützungs- und Weiterbildungsangebote zum Thema sexuelle Orientierung und Geschlechtsidentität für Lehrpersonen und Schulleitungen notwendig.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Regierungsrat, uns folgende Fragen zu beantworten:

1. Wie werden Lehrpersonen vor Diskriminierungen aufgrund der sexuellen Orientierung und Geschlechtsidentität geschützt? Welche Richtlinien bestehen dazu?
2. Wie wird sichergestellt, dass alle Schüler:innen einen zeitgemässen, ganzheitlichen und professionellen Sexualekundeunterricht erhalten – trotz Druckversuchen von fundamentalistischen Kreisen?
3. Wie kann der Sexualekundeunterricht im Kanton Zürich gemäss dem Westschweizer Modell professionalisiert werden? Welche Fachorganisationen im Bereich Sexualekunde unterstützt der Kanton aktuell finanziell, respektive mit welchen besteht eine Zusammenarbeit?
4. Welche Weiterbildungs- und Unterstützungsangebote (z.B. durch externe Fachorganisationen) im Thema sexuelle Orientierung und Geschlechtsidentität bestehen für Lehrpersonen und Schulleitungen im Kanton Zürich und wie werden diese unterstützt?

Brigitte Röösl
Nicole Wyss
Livia Knüsel

M. Abou Shoak
I. Bartal
P. Bernet
J. Büsser
S. Feldmann
D. Galeuchet
E. Häusler
R. Joss
B. Krähenmann
C. Marty Fässler
R. Mörgeli
M. Sahli
J. Stofer
N. Yuste

P. Ackermann
M. Bärtschiger
B. Bloch
U. Dietschi
C. Fischbach
H. Göldi
F. Heer
R. Kappeler
T. Langenegger
S. Matter
H. Pfalzgraf
A. Sangines
B. Walder

T. Agosti Monn
G. Berger
H. Brandenberger
K. Fehr Thoma
T. Forrer
R. Grünenfelder
F. Hoesch
A. Katumba
S. Marti
F. Meier
S. Rigoni
N. Siegrist
W. Willi